

“The story of the battle between innovation and inertia...”

Die ungewisse Zukunft der Hochschulentwicklung in Belarus

Sergej Laboda
Minsk/Wittenberg

1. Im Spannungsverhältnis zwischen Erbe und neuen Impulsen

Widersprüchliche Tendenzen kennzeichnen den Transformationsprozess des Hochschulwesens in Belarus, der zu Beginn der 90er Jahre einsetzte. Einerseits ist da die Vergangenheit eines kommunistischen Regimes, das 70 Jahre an der Macht war, und andererseits die Gegenwart, die von einem starken Veränderungsdruck geprägt ist. Dies bewirkte in der ersten Hälfte der 90er Jahre unter anderem eine Internationalisierung und Öffnung der belarussischen Hochschulen. Die Analyse dieser beiden Tendenzen, mitsamt ihren z.T. ähnlichen und unterschiedlichen Einflussfaktoren ermöglicht es, “the story of the battle between innovation and inertia in post-communist Europe” (Dahrendorf 2000, 7) besser zu verstehen.

Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 unterstand das Bildungssystem in Belarus der staatlichen Steuerung und Kontrolle, der Staat hatte das Monopol im Bildungsbereich inne (vgl. Teichmann 2001, 5). Zudem verfügt Belarus über keine national geprägten Traditionen im Hochschulbereich. Die Geschichte der belarussischen Hochschulen reicht nicht einmal 100 Jahre zurück und wurde von Anfang an durch die „Sowjetisierung“ geprägt, die unmittelbar nach der Machtübernahme durch die

Kommunisten im Jahr 1917 begann. In der Folge kam es zu einer starken Verschulung, Reglementierung und Ideologisierung des Hochschulwesens. Mit der Auflösung der Sowjetunion und der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit übernahm Belarus dieses „Erbe“ aus einer mehr als 70-jährigen Geschichte kommunistischer Herrschaft.

„Der Ost-West-Gegensatz drückte sich nicht nur in antagonistischen politischen, wirtschaftlichen und Gesellschaftsordnungen aus, sondern führte auch zu ganz unterschiedlichen Bildungssystemen. Während sich im Westen das emanzipatorische Ziel der Erziehung zur individuellen Mündigkeit durchsetzte, dominierte im sowjetischen Bildungssystem die Erziehung zu Unterordnung, zu Gehorsam und zur Einordnung in das Kollektiv“ (Staack 2000, 89).

Zugleich eröffnete sich die Möglichkeit, neue Wege zu beschreiten. Die Annäherung des Bildungssystems an europäische/internationale Standards ist für die Republik Belarus besonders wichtig, steht doch die Errichtung einer Zivilgesellschaft, die Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie im Land noch am Anfang. Die Anforderungen an den Transformationsprozess, die sich daraus in den vergangenen 10 Jahren ergeben haben, sind allerdings zunehmend komplizierter geworden.

Belarus hat 1991 begonnen, die Gesellschaft nach demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien umzugestalten. Die allgemeinen Reformziele im Hochschulbereich bestanden zu diesem Zeitpunkt in der Beseitigung der typischen Merkmale und Hinterlassenschaften des Sowjetsystems und der Angleichung der nationalen Hochschulausbildung an internationale Standards. Ein wichtiger Schritt in Richtung Reformen war das neue „Gesetz über die Bildung in der Republik Belarus“ von 1991. Die möglichen Richtungen, Perspektiven und Ziele des Reformverlaufs wurden in der ersten Hälfte der 90er Jahre in der academic community und auch auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen aktiv und offen diskutiert. Die im Ergebnis dieser Diskussion fixierten Konzepte und Ideen wurden von offizieller Seite ernst genommen und fanden teilweise Eingang in das aus dem Jahr 1996 stammende Projekt einer „Konzeption zur Entwicklung des Hochschulwesens in der Republik Belarus“ des Bildungsministeriums. Bereits zwei Jahre später (1998) wurden aber schon Veränderungen im „Staatlichen Entwicklungsplan im Hochschulbildungsbereich bis 2005“ vorgenommen (vgl. Vetoichin 2001, 15), die zu einer Abschottung gegenüber dem Westen führten.

Hochschulbildung hat in der belarussischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert. In diesem Kontext kommt der Reform des Hochschulwesens eine sehr wichtige Rolle zu. „Insbesondere in den universitären Bildungs-

einrichtungen können das Wissen, die Werte und auch die Verhaltensweisen vermittelt werden, die für die Transformation zu Demokratie, Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft unverzichtbar sind“ (Staack 2000, 87). In der ersten Hälfte der 90er Jahre wurden Reformbemühungen nicht nur auf dem Papier erkennbar, sondern spiegelten sich auch deutlich in der Realität wider. Zu den neuen Trends und Veränderungen im Hochschulbereich, die sich zu diesem Zeitpunkt durchzusetzen begannen, gehörten folgende:

- Lehrinhalte wurden relativ frei von staatlicher Kontrolle vermittelt;
- die belarussische Sprache wurde allmählich Unterrichtssprache;
- gestufte Ausbildungsgänge (mit Bachelor/Master-Abschlüssen) wurden eingeführt;
- ein nichtstaatlicher Bildungssektor entstand, d.h. es kam zur Gründung von privaten Hochschulen und Universitäten;
- es erfolgte eine Öffnung und Internationalisierung der Hochschulen durch internationale Kontakte und Zusammenarbeit mit ausländischen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen und Initiativen;
- es gab breite öffentliche Debatten über Wege und Perspektiven der Hochschulentwicklung und zur Erhöhung der Ausbildungsqualität an Hochschulen.

2. Von der Öffnung zur Abschottung

2.1. Äußerer Druck und innere Politik

In den ersten Jahren der Transformation nahmen die Reformbestrebungen in der academic community und insgesamt im Bildungsbereich der Republik Belarus deutlich zu. Es kam zu spürbaren qualitativen Veränderungen. Die innenpolitische Entwicklung in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre hat sich allerdings negativ auf die nationale Bildungs- und Wissenschaftspolitik ausgewirkt. Die meisten der zwischen 1991 und 1996 eingeleiteten Maßnahmen zur Reformierung des Hochschulwesens in Belarus wurden in den vergangenen vier Jahren durch die anti-westliche Haltung und anti-demokratische Politik des Lukaschenko-Regimes zunichte gemacht. Auf diesem Gebiet ist – wie auf vielen anderen auch – eine reg-

ressive Entwicklung zu verzeichnen. Das Regime will die Autarkie des Landes fördern, was im Bildungsbereich zu einer „complete isolation of Belarus from the rest of the academic world“ (Petroukovich 2000, 5) führte und führt. In der Folge hat der Westen die meisten Kooperationsabkommen mit Belarus ausgesetzt. Die internationale Dimension der Hochschulreform hat damit im Land an Bedeutung verloren. Die Regierung von Belarus hat nach der anfänglichen Öffnung nunmehr allen westlich geprägten Reformgedanken und Unterstützungsversuchen eine Absage erteilt. Die Hochschulen befinden sich dank des staatlichen „Protektionismus“ in einer Phase der Stagnation, aber „stagnant universities are expensive and ineffectual monuments to a *status quo* which is more likely to be a *status quo ante*, yesterday’s world preserved in aspic“ (Dahrendorf 2000, 106f.).

Als „Alternative“ zur Orientierung an westlichen Modellen werden gleichzeitig sehr enge Kontakte und Kooperationen im Hochschulbereich mit Russland gepflegt. Belarus engagiert sich gemeinsam mit der Russischen Föderation für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines einheitlichen Bildungsraumes – ein Bemühen, das durch den angestrebten politischen Zusammenschluss in einem gemeinsamen Staat gefördert wurde.¹ Offiziell orientiert man sich wieder ausschließlich nach Osten. So soll auch die Verbesserung der Qualität und die Reformierung der Hochschulausbildung laut offizieller Bildungspolitik „aus eigener Kraft im einheitlichen Bildungsraum der GUS-Staaten realisiert werden“ (Lis 2001, 3). Zudem lastet das sowjetische Erbe schwer: „Wir haben immer in einer geschlossenen Welt gelebt. Jahrzehntlang war Moskau das geistige Zentrum dieser Welt. Obwohl Weißrussland geographisch im Zentrum Europas liegt, kennen wir das geistige Erbe Europas schlecht“, stellte der Rektor der nichtstaatlichen Europäischen Humanistischen Universität in Minsk, Anatolij Michajlow, in einem Interview fest (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.1998, 3).

¹ Jüngste Entwicklungen weisen jedoch auf wachsende Divergenzen zwischen Moskau und Minsk hin. So hat der russische Präsident anlässlich eines Gipfeltreffens mit seinem Amtskollegen aus Belarus Mitte Juni 2002 die Konzeption von Lukaschenko zur weiteren rechtlichen und politischen Ausgestaltung des Unionsstaates Russland-Belarus brüsk zurückgewiesen. Die Ursachen für dieses Verhalten der russischen Seite werden vor allem darin gesehen, dass der reformresistente Lukaschenko offenbar zunehmend zum Hindernis für den Wirtschaftsmodernisierer Putin geworden ist.

Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre lässt sich die Lage in der ehemaligen Sowjetrepublik mit dem Begriff der „Doppelgesichtigkeit“ beschreiben (Staack, 2000, 90). Auf der einen Seite hat sich der Präsident alle Möglichkeiten geschaffen, um faktisch unbegrenzt in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft intervenieren zu können. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, die Grundlagen jeder demokratischen Entwicklung, existieren nur auf dem Papier; Rechts- und Investitionssicherheit sind nicht gegeben; selbst die Etablierung einer noch umfassenderen Diktatur wäre jederzeit möglich. Allerdings schöpfen Lukaschenko und seine Administration ihre Machtfülle nicht voll aus. So haben sich einige Veränderungen – resultierend aus den Anfang der 90er Jahre begonnenen Reformen – trotz allem durchgesetzt. Kontakte mit dem Ausland sind möglich, besonders durch private und gesellschaftliche Initiativen, und die Opposition ist nicht völlig ausgeschaltet. Dies gilt auch für den Hochschulbereich.

2.2. *Top-down und bottom-up-Einflüsse auf den Hochschulbereich*

Der heute dominierende Trend in der Bildungsstrategie in Belarus ist die *Rückkehr zur strengen staatlichen Kontrolle und Steuerung im Bildungsbereich*. Anders gesagt: die ‚neue‘ Bildungsstrategie orientiert sich an dem ‚alten‘ Motto: „mehr Staat – mehr Kontrolle – mehr Qualität!“ Der direkte Staatseinfluss auf das Bildungssystem ist unter der Präsidentschaft von Lukaschenko enorm groß geworden. Im Hochschulbereich sind davon sowohl staatliche als auch private Hochschulen betroffen; alle Rektoren der staatlichen Universitäten und Hochschulen werden vom Präsidenten ernannt. Nach einem neueren Erlass des Präsidenten betrifft dies seit dem Oktober 2001 auch die Spitzenposition des Präsidenten der nationalen Akademie der Wissenschaften und ihr Präsidium. Sogar zu Sowjetzeiten wurden diese noch von den Akademiemitgliedern selbst gewählt; ihre wissenschaftliche Autonomie wurde nicht einmal damals völlig beseitigt.

Hinzu kommt, dass die staatlichen und privaten Hochschuleinrichtungen über die Bildungsstandards in die staatliche Kontrolle eingebunden sind, die 1999 im Land eingeführt wurden. Die Bildungsstandards sollen gemäß der offiziellen Sicht die Qualitätssicherung in der Hochschulausbildung garantieren. Das Bildungsministerium bestimmt in den wesentlichen Grundzügen den Inhalt und die Struktur der Hochschulausbildung.

Als Vorbild gelten die russischen Standards – ohne Rücksicht auf nationale Besonderheiten der Hochschulentwicklung in Belarus. Auf diese Weise hat sich der Staat die volle Kontrolle gesichert und kann die Hochschulen nach seinen Vorgaben steuern.

Die staatlichen Hochschulstrukturen sind außerdem stark von Hierarchien und der Orientierung an formalen Autoritäten geprägt. Beispielsweise spielt das Dienstalter oft eine größere Rolle als die wissenschaftliche Qualifikation selbst. Eine Tätigkeit im Bildungsbereich ist allgemein für Nachwuchskräfte gegenwärtig unattraktiv, denn die staatlichen Gehälter reichen nicht zur Finanzierung des Lebensunterhalts aus. Eine Überalterung der Lehrkörperschaft ist die unausweichliche Folge. Seit 1990 ist die Zahl der Hochschullehrer im Alter von 30-40 Jahren von 32,2% auf 23,8% zurückgegangen. Die Zahl der Lehrkräfte im Alter von 51-60 Jahren ist dagegen von 20,7% auf 26,6% gestiegen, und die der über 61-jährigen ist von 6,2% auf 8,4% angestiegen (vgl. Vetochin 2001, 44). Im Jahr 1995 hatten 74,5% des Lehrkörpers einen Dokortitel (Dr. Sci.) vorzuweisen, und 37,9% der Habilitierten an den belarussischen Hochschulen waren älter als 50. Die Zahl der Doktoranden an der nationalen Akademie der Wissenschaften ist von 723 im Jahr 1989 auf 416 im Jahr 1996 zurückgegangen (vgl. Petroukovich 2000, 7).

Wie schon angedeutet, werden demokratische Grundrechte, die mit dem Ende der Sowjetunion auch in Belarus eingeführt wurden, mittlerweile massiv eingeschränkt. Dies schlägt sich im Hochschulbereich folgendermaßen nieder: In einigen Studienfächern ist man zur Zwangszuweisung von Arbeitsplätzen bei den Absolventen – wie zu Sowjetzeiten – zurückgekehrt. Junge Lehrer und Ärzte werden dann beispielsweise oft in die durch den Atomunfall in Tschernobyl verseuchten Landesteile beordert, in die freiwillig niemand gehen will.

Die Kontinuität zur Sowjetzeit ist in den Bildungsinhalten besonders in den Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften noch spürbar, weil in vielen staatlichen Hochschulen die Professoren zumeist dieselben geblieben sind, und viele von ihnen sich den in sowjetischer Zeit verinnerlichten Gehorsam gegenüber der staatlichen Lehrmeinung nicht abgewöhnt haben. Zum Beispiel nennt sich das, was früher als „Wissenschaftlicher Kommunismus“ gelehrt wurde, heute „Politologie“. Die Atmosphäre von Druck und Anpassung ist weiterhin vertraut. Die alten Professoren verstehen es nur allzu gut, wenn von staatlicher Seite kritisiert wird, dass in Belarus „westliche geistliche, gesellschaftliche und wirt-

schaftliche Modelle“ propagiert würden (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.1998, 3). Deshalb hat der Staat es gar nicht so nötig, mit direkten Vorschriften die Bildungsinhalte zu bestimmen – sie werden von selbst erfüllt. Andererseits wächst aber auch die Zahl der Intellektuellen in den Hochschulen, die ein ganz anderes professionelles Selbstverständnis und ganz andere Werte vertreten. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Forschungs- und Lehrfreiheit für die Wissenschaftler wird es möglicherweise für den Staat immer schwieriger, bis ins letzte Detail Lehrinhalte zu bestimmen und zu kontrollieren.

Nach Demonstrationen der Opposition, an denen sich viele Studenten und Hochschullehrer beteiligten, verfiel die Regierung auf die bewährte Kombination von Zuckerbrot und Peitsche, um den Protest zum Schweigen zu bringen. Einigen Universitäten wurden im Frühjahr 1997 Privilegien eingeräumt: vom Ehrentitel einer „Präsidenten-Universität“, verbunden mit einer höheren staatlichen Finanzierung, über die Anhebung von Stipendien für die Studierenden bis zu einer großzügigen Gebäuderenovierung. Gleichzeitig wurden aber viele Lehr-, Verwaltungs- und Leitungskräfte an den Universitäten ausgewechselt oder entlassen. Diese staatliche Bildungspolitik führt zu einer Spaltung der nationalen academic community, die Außenstehenden nicht so auffällt, die jedoch sehr deutlich ausgeprägt ist.

2.3. Staat und private Hochschulen

Auf die privaten Hochschulen wirkt sich der Einfluss des Staates noch weitaus hemmender in ihrer Tätigkeit aus. Die Regierung ist sehr geschickt, wenn es darum geht, unabhängige Bildungseinrichtungen unter ihre Kontrolle zu bringen: nicht durch direkte Verbote, sondern über administrativ und finanziell ausgeübten Druck. Es wird versucht, über Erlasse des Präsidenten und mittels Forderungen aus dem Bildungsministerium ihre Entwicklung zu behindern und sie als Konkurrenten auf dem „Bildungsmarkt“ zu schwächen. Die staatliche Kontrolle nutzt dazu (neue) Instrumente wie die Lizenzierung, Attestierung und Akkreditierung von Bildungseinrichtungen und die Zertifizierung von Abschlüssen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre trieb die Regierung ein regelrechtes Verwirrspiel um die Diplome nichtstaatlicher Hochschulen. Nur akkreditierte Hochschulen durften ein Hochschuldiplom an ihre Absolventen aushändigen. Es gab Abschlüsse – sogenannte „Sonderdiplome“ – die an

nichtstaatlichen Einrichtungen erworben, aber vom Staat nicht anerkannt wurden, obwohl eine solche Anerkennung im Bildungsgesetz von 1991 vorgesehen war.

Zudem bekommen nichtstaatliche Hochschulen zunehmend Schwierigkeiten mit der Verlängerung ihrer Lizenzen. Die Auflagen wurden so verschärft, dass sie kaum zu erfüllen sind. Als Beispiel kann eine aus der Sowjetzeit ausgegrabene Verordnung erwähnt werden, die von einer Bildungseinrichtung 14 Quadratmeter Raum pro Studierenden fordert – unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen eine nicht finanzierbare Auflage. Da jederzeit derartige unerfüllbare Vorschriften erlassen werden können, befinden sich die privaten Hochschulen in einer Situation ständiger Unsicherheit.

Noch stärker ist der *finanzielle* Druck seitens des Staates auf die privaten Hochschulen. Die nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen werden den kommerziellen Organisationen zugerechnet, und aus diesem Grund sollen sie fast 40% Steuern auf alle ihre Einnahmen entrichten. Entsprechend eines Erlasses des Präsidenten vom Oktober 1999 sollen sie aber ihren Angestellten die gleichen Gehälter zahlen wie staatliche Einrichtungen. Die hohe Steuerlast und fehlende Finanzierung aus dem Staatshaushalt werden dabei nicht berücksichtigt. Staatliche Hochschulen erhalten dagegen eine garantierte Finanzierung aus dem Staatshaushalt. Sie sind nicht mit derart hohen Abgaben wie private Einrichtungen belastet und haben zusätzlich die Möglichkeit erhalten, gebührenpflichtige Studiengänge einzuführen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre war eine rasche Kommerzialisierung an den staatlichen Hochschulen zu beobachten. Die Quote für zahlende Studierende an staatlichen Einrichtungen lag noch 1993 bei maximal 5% und 1994 bei 10%, später gab es fast keine Einschränkungen mehr. Seit 1999 dürfen an staatlichen Hochschulen bereits 60% aller Studienplätze als gebührenpflichtige angeboten werden (vgl. Petroukovich 2000, 6). Damit sind die staatlichen Hochschulen heute in einer günstigeren finanziellen Situation als die privaten Bildungseinrichtungen.

Fast die Hälfte der privaten Einrichtungen hat diesen „Kampf“ mit dem Staat nicht überlebt. 1997 gab es 20 nichtstaatliche Hochschulen in Belarus, ein Jahr später bereits nur noch 13. Im Jahr 2000 zählte der nichtstaatliche Hochschulsektor 14 private Hochschulen (vgl. Vetoichin 2001, 9). Die Prognose für ihre Zukunft fällt nicht sehr günstig aus. Die Konkurrenz auf dem „Bildungsmarkt“ unter diesen ungleichen Bedin-

gungen wird sich für die privaten Hochschulen deutlich verschärfen. Dazu kommt überdies eine negative Prognose der Abiturientenzahl: Laut offizieller Statistik wird sich die Anzahl der Schulabgänger nach einem Boom im Jahr 2001 bis zum Jahr 2009 um die Hälfte verringern.

3. Möglichkeiten und Chancen der Hochschulkooperation Ost-West in Belarus

Aufgrund der genannten Widersprüche im Transformationsverlauf in der Republik Belarus ist die Praxis der Hochschulkooperation Ost-West sehr kompliziert und widersprüchlich. Dies führt immer wieder zu Verständigungsproblemen, die hauptsächlich durch vier Aspekte bestimmt werden:²

- die unterschiedlichen Bildungssysteme;
- die unterschiedlichen Mentalitäten;
- der unterschiedliche Grad des Staatsinterventionismus;
- die unterschiedlichen Zielsetzungen.

Um diese Hindernisse zu bewältigen, muss man sehr geduldig sein und darf die Bildungskooperation nicht als einseitigen Transfer betrachten, sondern eher als „Zweibahnstraße“. Sehr wichtig ist dabei zu verstehen, dass Belarus aus der Geschichte und Tradition zentralistische Machtstrukturen und ein entsprechendes gesellschaftliches Bewusstsein übernommen hat. Dies sind keine guten Voraussetzungen für die Implementierung demokratischer Strukturen. Aus diesem Grund wirkt sich der Staatseinfluss auch negativ auf internationale Kooperationen zwischen Hochschulen aus. Oft sind z.B. längerfristige Projekte ohne Zustimmung oder das Wohlwollen des Bildungsministeriums oder anderer staatlicher Strukturen nicht durchführbar. Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen ist eine Förderung ausschließlich über den Weg „von oben nach unten“ oftmals nicht effektiv, zudem unterstützt dies kaum Reformen, sondern bewirkt eher die Verfestigung alter Strukturen.

Sinnvoller erscheinen daher *direkte* Partnerschaftskontakte, so z.B. auf der Ebene von Universitäten, Fakultäten, Lehrstühlen oder einzelnen Projektgruppen, insbesondere dann, wenn sie zu dauerhaften Beziehungen und Kooperationen führen. Auf diese Weise können sich demokratische Werte „von unten“ entwickeln. Man kann deutlich sehen, dass es po-

² Dazu weiterführend Staack (2000, 88-90).

tenziell starke, zukunftsorientierte Bewegungen in der belarussischen academic community gibt, die der Internationalisierung der Hochschulen und Entwicklung eines modernen Belarus wichtige Impulse geben. Dafür spricht auch die Vielzahl von Artikeln und Beiträgen mit ihrem „globalisierten Kontext“ über den Hochschulreformbedarf in der belarussischen bildungs- und wissenschaftlichen Presse. Innerhalb der Hochschulintelligenz und der jungen Generation mit höherer Bildung ist die Aufgeschlossenheit gegenüber der Notwendigkeit von Reformen besonders groß. Der politische, wirtschaftliche und gesellschaftlich-kulturelle Wandel und die Öffnung zu einer tatsächlichen Transformation und Modernisierung liegen in ihrem ureigensten Interesse, weil dadurch Optionen auf positive individuelle Zukunftsperspektiven in Belarus als Bestandteil Europas eröffnet werden. Eine Bewegung „von unten“ entwickelt sich dort, wo keine Entscheidungen „von oben“ gefällt werden. Diese Bewegung „von unten“ gibt heute Anlass zu der Hoffnung, dass das ‚Reformfeuer‘ in Belarus erhalten werden kann und die Entwicklung im Hochschulbereich – wie auf anderen Gebieten auch – in naher Zukunft nicht mehr als regressiv bezeichnet werden muss.

Trotz der schwierigen Bedingungen und vielen Probleme gibt es viele Möglichkeiten und Chancen für eine sinnvolle, praktikable internationale Kooperation – sowohl auf der Ebene von Personen als auch auf der Ebene der Hochschulen und Bildungseinrichtungen. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Ländern im belarussischen Hochschulbereich besonders stark engagiert ist. Mehr als 25 belarussische Universitäten haben Partnerschaften in Deutschland (vgl. Tichonov 1996, 81). Der Deutsche Akademische Austausch Dienst DAAD und die Robert-Bosch-Stiftung haben mehrere Lektorate an Universitäten in Minsk eingerichtet. Der DAAD bietet auch ein umfangreiches Stipendienprogramm für belarussische Dozenten und Studierende an, auf das sich Jahr für Jahr immer mehr Personen bewerben. In der Hauptstadt Minsk – hier befinden sich die meisten nationalen Hochschulen – gibt es zwei sehr gefragte deutschsprachige Bibliotheken: die Bibliothek des Goethe-Instituts in Minsk und die Bibliothek des Instituts für Deutschlandstudien an der Europäischen Humanistischen Universität.

Für den Transformationsprozess in Osteuropa kommt der Reform der Bildungssysteme eine zentrale Bedeutung zu. Nur wenn diese Reform gelingt, wird eine Entwicklung der belarussischen Gesellschaft in Richtung

Demokratie und Zivilgesellschaft möglich sein. Daher bleibt die Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit im Hochschulbereich unverzichtbar.

Literatur

- Hoffmann, Christine (1998): Dekane haften in Weißrussland für ihre Studenten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.04.1998, S. 3
- Dahrendorf, Ralf (2000): Universities after communism, Hamburg
- Lis, N.I. (2001): Cooperation of CIC states-participants in the educational sphere, in: Vysheishaya Shkola (Higher Education) (3), Minsk, S. 3-6 (in russischer Sprache)
- Petroukovich, Nikolai (2000): Social sciences and higher education in Belarus: need and potential for reform, CEP, Discussion Series, vol.1 (5), Budapest
- Staack, Michael (2000): West-östliche Bildungskoooperation in der Republik Belarus, in: Erdmann, Klaus/Theisen, Heinz (Hg.), Der west-östliche Hörsaal. Interkulturelles Lernen zwischen Ost und West, Berlin, S. 87-97
- Teichmann, Christine (2001): Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation, HoF-Arbeitsberichte 4/01, Wittenberg
- Tichonov, Vladimir (Hg.)(1996): Bildungssystem, Aus- und Weiterbildung in der Republik Belarus in der Transformationsperiode, Minsk (in russischer Sprache)
- Vetochin, Sergej S. (2001): Die Entwicklung der Hochschulbildung in der Republik Belarus, Minsk (in russischer Sprache)